Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 63 — **Mittwoch den 15. März 1922.** — **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Die diesjährigen Stutenmusterungen und Fohlenschauen

finden für die nachgenannten Zuchtgebiete wie folgt statt: am 3. April vorm. 9 Uhr in Großenhain, am 4. April vorm. 9 Uhr in Riesa, am 12. April vorm. 9 Uhr in Ostrau, am 13. April vorm. 1/2 10 Uhr in Mohlis, am 15. April vorm. 9 Uhr in Moritzburg, am 19. April vorm. 1/2 9 Uhr in Kesselsdorf, am 20. April vorm. 9 Uhr in Zella.

Nach den Stutenmusterungen und Fohlenschauen werden Preise verteilt, und zwar: **Fohlenpreise** für ein- und zweijährige Fohlen in Zella, Großenhain, Mohlis, Ostrau und Riesa, **Angeldpreise** für drei- und vierjährige selbstgezogene Stuten in Kesselsdorf und Moritzburg.

Die Ortsbehörden haben die Pferdebesitzer in ortsüblicher Weise rechtzeitig von Vorstehendem in Kenntnis zu setzen.

Weiter wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß für alle im Zuchtregister eingetragenen Stuten ein um 100 Mark niedrigeres Deckgeld zu zahlen ist. Diejenigen Züchter also, deren Stuten nicht im Zuchtregister aufgenommen sind, die sich aber fernerhin das bisherige niedrigere Deckgeld sichern wollen, müssen ihre Stuten bei der nächsten Stutenmusterung zur Eintragung ins Zuchtregister vorstellen und ihre Nachkommen zur Fohlenschau bringen.

Eine Anmeldung der Fohlen und Stuten zur Schau hat nur stattzufinden, wenn für die in Frage kommenden Tiere Prämiierungen angesagt sind und sie hierbei in Wettbewerb treten sollen. In diesem Falle muß die Anmeldung auf einem bei jeder Beschälstation zu entnehmenden Formulare **bis zum 15. März d. J.** an diejenige Beschälstation erfolgen, der die Tiere zur Prämiierung vorgeführt werden sollen. Spätere Anmeldungen können nur in besonders begründeten Fällen noch berücksichtigt werden.

Meißen, am 11. März 1922. 2458 V St. 2 a **Die Amtshauptmannschaft.**

Donnerstag den 16. März 1922, abends 7 Uhr

öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus. 2459

Wilsdruff, am 13. März 1922. **Der Stadtverordnetenvorsteher.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Beamtenorganisationen haben zur Aufstellung erhöhter Grundgehälter und Zuschläge geführt.

* Die Finanzministertagung in Paris beschloß, durch ein Finanzkonsortium eine Reparationsanleihe in Höhe von 13 bis 14 Millionen auflegen zu lassen.

* Die Mutetr der früheren deutschen Kronprinzessin, Großherzogin Anastasia von Mecklenburg, ist in Südfrankreich gestorben.

* In Sofia ist gegen das Gebäude der amerikanischen Gesandtschaft ein Bombenanschlag verübt worden.

* Die amerikanische Regierung will außer den als Besetzungskosten verlangten 241 Millionen Dollar demnächst eine Rechnung über 23 Millionen Dollar für die Unterhaltung der amerikanischen Truppen vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1922 überreichen.

* Bei den Kämpfen im südafrikanischen Streikgebiet hatten die Aufständischen schwere Verluste.

Papierene Beschlüsse.

Wieder einmal eine internationale Konferenz, eine Konferenz von „Sachverständigen" selbstverständlich, die das Ergebnis ihrer umständlichen und zeitraubenden Beratungen in positiven Beschlüssen festgelegt hat.

Zwischen Cannes und Genua hatte der Oberste Rat, wie man weiß, die verbündeten Finanzminister nach Paris zusammenberufen, um sie einen Ausweg aus den schier unlösbar gewordenen Wirren der Reparationsverpflichtungen und Reparationsleistungen finden zu lassen. Der Reparationskommission als solcher wollte man diese Aufgabe nicht überlassen, gewarnt durch verschiedentliche Erfahrungen des vorigen Jahres, die die Unparteilichkeit dieser hohen Körperschaft nicht gerade als sicher verbürgt erwiesen hatten. Und da jetzt der Streit zunächst um die Verteilung der Beute ging, die man schon für gemeinsame Rechnung von Deutschland eingeheimst hatte, nicht bloß um des Kaisers Bart, den man noch zu fordern hat, so war Vorsicht gewiß auf allen Seiten geboten. Irgendwie mußte man sich schließlich über die Geldsummen auseinandersetzen, die im Jahre 1921 aus Deutschland eingegangen waren, und so wurde eine Verteilung vorgenommen, die ebensogut ganz anders hätte ausfallen können. Man „bewilligte" England 500 Millionen Anteil an der ersten deutschen Milliarde für Besatzungskosten, Frankreich 140 Millionen, Italien 172 Millionen Lire und Belgien den Rest, kraft seines Prioritätsrechtes. Man stimmte ferner der Ausführung des Wiesbadener Sachlieferungsabkommens für eine Dauer von drei Jahren zu, unter der Bedingung, daß die deutschen Lieferungen bestimmte Höchstziffern nicht überschreiten, und mit dem Zusatz, daß die übrigen verbündeten Mächte das Recht hätten, gleiche Vereinbarungen mit Deutschland zu schließen, unter Limitierung auf einen begrenzten Gesamtwert. Darüber hinaus soll Frankreich der Wert der Saargruben für 1922 mit einem Betrage bis zu 300 Millionen Goldmark zu Lasten geschrieben, auf der andern Seite wiederum die deutschen Kohlenlieferungen nur mit dem Inlandspreis berechnet werden. Über den im letzten Augenblick angelangten amerikanischen Anspruch auf Mitberücksichtigung auch der Besatzungskosten für die amerikanischen Truppen am Rhein sind die Herren Finanzminister, nach vorübergehendem Erschrecken, wortlos weggeglitten — sie fühlen sich dafür wieder einmal nicht zuständig, was der Washingtoner Regierung schwerlich als eine ausreichende Beantwortung ihres Verlangens erscheinen wird.

Aber auch mit dem, was werden soll, haben sich die verbündeten Finanzminister eingehend beschäftigt. Über das Ergebnis dieser ihrer Beratungen wird freilich nur eine ganz allgemein gehaltene Mitteilung veröffentlicht. Sie haben die Frage der Flüssigmachung der Forderungen an Deutschland und der Kontrolle seiner Finanzlage „studiert". Zu einem festen Plan wären sie auch jetzt noch nicht gelangt; nur hätten sie mehrere Wege ins Auge gefaßt, um das weitere Sinken der Mark zu verhindern. Sogar die Möglichkeit einer deutschen Anleihe im Ausland ist als Rettung in Not ihnen dabei nicht entgangen, und sie haben erwogen, ob, wenn die Reparationskommission eine solche Anleihe tatsächlich zulassen sollte, vielleicht 10 Prozent ihres Ertrages zur Bildung eines Stabilisierungs- oder Konsolidierungsfonds für die deutschen Wechselkurse verwendet werden könnten, um uns so den Kauf fremder Devisen zu erleichtern. Bei einer angemessenen Garantie würde eine solche Anleihe wohl leichter auf den internationalen Markt unterzubringen sein. Deutschland brauchte zum Beispiel „bloß" seine Zolleinnahmen zu verpfänden, dann würden die fremden Regierungen über die Genehmigung einer solchen Finanzoperation mit sich reden lassen.

So soll, wenn alles — im Sinne der Entente — gut geht, die deutsche Schuld für unsere Gläubiger mobilisiert und kapitalisiert werden, zugunsten irgendwelcher internationaler Gläubiger, in deren materiellen Beziehungen zu Deutschland selbstverständlich alle diejenigen aus der Beendigung des Weltkrieges sich herleitenden politischen und moralischen Schuldmomente, die unsere Diskussion mit den Westmächten dauernd belasten, nicht mehr hineinspielen sollen. Dafür soll unsere Leistungsfähigkeit auch fernerhin durch erhöhten Druck auf unser Wirtschaftsleben herabgemindert werden. Zu den weiteren Jahresraten an die Entente, von deren Herabsetzung gar keine Rede ist, würden die Zinsenzahlungen an unsere neuen internationalen Gläubiger hinzukommen, ohne daß uns auch nur ein Fingerzeig dafür gegeben wird, wie wir neben den schon jetzt von uns als unaufbringlich bezeichneten Lasten noch die neuen großen Schuldensummen aufbringen sollen. Unter solchen Umständen müßte es uns als das kleinere Übel erscheinen, wenn uns die internationale Anleihe verweigert würde, entsprechend der schon aus dem vorigen Winter stammenden Feststellung der Bank von England, daß, so lange die Zahlungsverpflichtungen von Versailles auf uns lasten, von einer Kreditwürdigkeit des Deutschen Reiches keine Rede sein könne.

So ist man leider zu der Feststellung genötigt, daß die Pariser Sachverständigenkonferenz, zum mindesten was die Zukunft betrifft, wieder einmal leeres Stroh gedroschen hat. Die Herren werden gewiß nach getaner Arbeit wohlgemut nach Hause fahren, ihre Politiker werden aber sehr bald einsehen müssen, daß trotz dieser schönen Papierbeschlüsse in Paris in allen den Fragen, die ihnen und uns am schmerzlichsten auf den Nägeln brennen, alles beim alten geblieben ist.

Der Aufruhr im Kaplande

Johannesburg belagert.

Aus dem Streik der weißen Minenarbeiter in den Diamantgruben der ehemaligen Burenrepubliken haben sich blutige Kämpfe entwickelt, die ganz das Aussehen eines Bürgerkrieges gewinnen. Die ohnedies mit viel abenteuerlichen Gestalten untermischten Grubenarbeiter revoltieren nicht nur gegen die englischen Behörden, sondern führen gleichzeitig einen erbitterten Kampf gegen ihre farbigen Kollegen, die sich dem Streik nicht angeschlossen haben. Die Streikenden haben den Mittelpunkt des Aufstandsgebietes, die Stadt

Johannesburg von drei Seiten eingeschlossen.

Die Stadt ist völlig von der Außenwelt abgeschnitten, und es kam in ihrer Umgebung zu äußerst heftigen Kämpfen. Eine amtliche Bekanntmachung kündet den Beginn der gegen die Revolutionäre vorgesehenen Operationen an. Sie werden durch Flugzeuge unterstützt. Zwei Polizeischwadronen wurden eingeschlossen und schließlich durch einen Handgranatenangriff befreit, der den Aufständischen große Verluste zufügte. Zahlreiche Aufständische wurden gefangengenommen. Die Verluste der Aufständischen für das gesamte Randgebiet werden auf

über 200 Tote

und annähernd 1000 Verwundete geschätzt. Ein besonders trauriger Zwischenfall ist die Sprengung der gerade vollbesetzten Handelshalle in Benoni durch eine Bombe, die von einem Flugzeug abgeworfen wurde. Sämtliche Flugzeuge sind mit Bomben ausgerüstet worden, um gegen die Aufständischen verwendet zu werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Selbständigkeit der Reichsbank.

Der Reichskanzler hat dieser Tage den seit geraumer Zeit angekündigten Gesetzentwurf über die Selbständigkeit der Reichsbank den parlamentarischen Körperschaften zugehen lassen. Unter voller Aufrechterhaltung der öffentlichrechtlichen Struktur der Reichsbank garantiert der Entwurf eine Selbständigkeit, die das Ansehen und den Kredit des Instituts erhöhen soll. Die bisher durch das Reich ausgeübte Aufsicht über die Reichsbank in Gestalt des Bankkuratoriums wird durch den Entwurf nicht angetastet.

Die Disziplinarverfahren gegen die Eisenbahner.

Über den Umfang der Disziplinaruntersuchungen, die im Anschluß an den Eisenbahnerstreik eingeleitet wurden, wird vom Verkehrsministerium u. a. mitgeteilt, daß von den kündbar angestellten Beamten bei der Reichsbahn etwa 250 Beamten das Dienstverhältnis wegen schwerer Verfehlungen beim Streik gekündigt worden ist. Außerdem schwebt das förmliche Disziplinarverfahren zurzeit gegen etwa 340 unkündbar angestellte Beamte. In jedem einzelnen eingeleiteten Disziplinarverfahren wird festgestellt, ob die Handlungsweise des Angeschuldigten unter den Begriff der Urheberschaft fällt oder nicht.

Eine Entschließung zur Not der Presse

faßte die Hannoversche Ortsgruppe des Vereins niedersächsischer Presse (Redakteure). In der Entschließung heißt es, die wirtschaftliche Not der Presse in ihrer Gesamtheit habe auch an deren geistigem Schaffen nicht vorübergehen können und nicht mehr zu heilenden Schaden angerichtet. Die deutsche Regierung müsse den Forderungen der deutschen Zeitungsverleger gerecht werden, endlich und umgehend die schwere Wirtschaftsnot der deutschen Presse beheben, wenn sie nicht eine der zuverlässigsten Grundlagen des geistigen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues Deutschlands rettungslos zermürben lassen will.

Freistaat Danzig.

× **Die Verteilung der deutschen Staatsgüter** zwischen Polen und dem Freistaat Danzig ist von dem dafür gebildeten interalliierten Ausschuß nunmehr entschieden worden. Bezüglich der Eisenbahnen werden die Linien ebenso wie alle Gelände, alle Einrichtungen und beweglichen Güter, die damit zusammenhängen, und die sich innerhalb der roten Linie auf der der Entscheidung des Oberkommissars vom 15. August beigefügten Karte befinden, dem Hafenausschuß zugeteilt, während die außerhalb der roten Linie liegenden Linien Polen zugeteilt werden. Das rollende Material wird zur Hälfte Polen, zur Hälfte dem Hafenausschuß übertragen. Der Freien Stadt Danzig werden u. a. zugeteilt: Der Teil der Westerplatte, der dem Hafenausschuß zugeteilt wurde, die Domänen und Forsten, Schloß und Park von Oliva, die Domäne Scheßmühl, die Exerzier- und Schießplätze, das Gelände der ehemaligen Befestigungen, ferner u. a. die Oberpostdirektion, das Postamt in Neufahrwasser, die Navigationsschule und die Flugzeughalle in Langfuhr.

Deutsch-Österreich.

× Regierungsumbildung. Die Verhandlungen zwischen den Christlich-Sozialen und den Großdeutschen über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft sollen im wesentlichen zu einer Verständigung geführt haben. In politischen Kreisen rechnet man danach mit einer bürgerlichen Regierungsmehrheit, der auch die deutsche Bauernpartei beitreten werde, sowie mit der baldigen Neubildung des Kabinetts auf parlamentarischer Grundlage.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF